**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

**Band:** 4 (1924-1925)

Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gerissen. Was uns heute als "Kunst" über die Landesgrenzen kommt, kann oft nur unser Grauen über einen derartigen Zerfall der schöpferischen Kräfte und des Geschmackes erregen. Hier aber sind uns unvergängliche seelische Schäte beschert, Ausdruck un seres Fühlens und Denkens, ein Blütenzweig aus dem Stamme un seres Volkes, ein Lichtstrahl aus unserer Zeit in unsere Zeit. Ein seelisches Gut, das nicht an einem Tage gewachsen ist, sondern nur aus alter Kultur erblühen konnte, auch das ein Erbe der Väter; mag es das Schweizervolk erwerben, um es zu besitzen!

## Politische Rundschau

### Schweizerische Umschau.

Außenpolitif in der Bundesversammlung. — Die Schweiz und Außland. — Der rumänische Königsbesuch. — Die "Tessiner Frage". — Anfragen über französische Spionage. — Der "Fall" Schreiber. — Geplänkel der französischen Presse. — Das Fest der Schweizer Schriftsteller in Paris. — Ein schwarzer Tag in unserer Geschichte. — Parlamentarische Kommission für Ausewärtiges.

Außenpolitische Fragen haben die Bundesversammlung in ihrer zweieinhalbwöchigen Frühjahrssession nur in geringem Maße beschäftigt. Die vorherrschende Meinung des Parlaments scheint die zu sein, daß nichts Oringliches in dieser Richtung vorliege und daß man in Anbetracht der Aberlastung mit anderen Berhandlungsgegenständen froh sein müsse, nicht auch noch mit diesen Fragen behelligt zu werden. Der Bundesrat, bezw. das Politische Departement ist, seitdem dort das "System" Motta herrscht, seinersseits bestrebt, das Parlament möglichst wenig in Fragen unserer auswärtigen Politis zu begrüßen, weil es die parlamentarische Aussprache darüber lediglich als eine unbequeme Einmischung in seinen Herrschaftsbereich empfindet und im übrigen derart von der Borzüglichkeit seiner Führung unserer auswärtigen Angelegenheiten überzeugt ist, daß es diese als über sede parlamentarische Kritit erhaben und als eines Kückhaltes im Parlament nicht bedürstig erachtet. Wir können uns weder der Meinung anschließen, daß in unseren äußeren Angelegenheiten nichts Oringliches, der parlamentarischen Erörterung Bedürstiges vorliege; noch vermögen wir uns von einer solchen Borzüglichkeit der Leitung unserer Außenpolitik zu überzeugen, daß diese deswegen über die Notwendigkeit der Kritit erhaben wäre.

über den Bericht, den der Bundesrat der Bundesversammlung über die Tätigkeit der Schweiz im Bölkerbund erstattete (Bericht über die IV. Bölkersbundsversammlung), haben wir uns früher ausgesprochen. Er ist im Ständerat zur Behandlung gekommen, wobei die Politik des Bundesrates seitens mehrerer Mitglieder scharfe Kritik ersuhr (vergl. das Botum von Ständerat Böhi, unten).

Durch die Interpellation Huber (soz.) im Nationalrat ist aus der Mitte der Bundesversammlung Aufschluß verlangt worden über die künftige Gestaltung der Beziehung en zwischen der Schweiz und Kußland (der Bundesrat wird um Berichterstattung und Antragstellung über die Wiederaufsnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Außland ersucht, lautete die Interpellation). Der Wunsch nach der Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Außland ist heute auch in weiten bürgerlichen Areisen vorshanden, wenn dafür auch mehr kommerzielle Gründe als solche allgemeiner

außenpolitischer Erwägungen bestimmend sind. Der Weg vom Wunsch zur Verwirklichung dürfte allerdings nicht gerade leicht sein. Eine allzu unüberslegte, viel mehr unter fremdem Einsuß als aus eigenem Nachdenken entstandene Einstellung unserer bürgerlichen Presse und Offentlichkeit gegenüber Rußland in den vergangenen Jahren hat in unserer Öffentlichkeit eine Stimsmung geschaffen, aus der zwar nicht der Mord an Worowski, sicher aber der betrübliche Lausanner Freispruch des Worowskis-Mörders hervorging. Daß der Untergrund dieser Stimmung weniger der Haß gegen das bolschewistische Rußland als solches, als vielmehr gegen das bolschewistische Rußland als dem "Verstäter" an den Alliierten bildete, haben wir bei unserer Beurteilung des Laussanner Fehlspruchs schon erwähnt. Heute, wo ein großer Teil der öffentlichen Meinung, wenigstens in der deutschen Schweiz, zu einer Anderung der discherigen Haltung gegenüber Rußland geneigt wäre, sind wir durch die Folgen jener Einstellung in unserer Haßland geneigt wäre, sind wir durch die Folgen

Daß unfere offizielle Politik einem neuen Kurs gegenüber Rußland abgeneigt ift, dürfte unzweideutig aus ihrem jüngsten Berhalten hervorgehen, bas nicht nur eine Bestätigung unserer seit 1919 befolgten Anlehnung an das französische Machtsustem, sondern eine erneute Festigung unserer Berbindungen mit diesem bedeutet. Ende März stattete Berr Benesch, Außenminister der tschechoflovatifchen Republit, des neben Belgien engiten militärifchen Berbundeten Frankreichs, dem Borfteber des Politischen Departements in Bern einen Besuch ab. Bas den Gegenstand der Aussprache gebildet hat, ift der Offentlichkeit nicht befannt gegeben worden; diese erfuhr lediglich, daß volle Abereinstimmung der beidseitigen Auffassungen geherrscht habe. Für Anfang Mai ist der Bejuch des Rönigspaares von Rumänien, eines weiteren Berbundeten Frankreiche, der eben vor dem Abschluß eines Militärbundniffes mit diesem steht, angekundigt. Dieser Besuch ift von dem rumänischen Gesandten in Bern, Hehr, angerintolgt. Dieset Bestad ist von dem kannantschen Geschnoten in Setn, Henry Comnene, seit längerem vorbereitet worden, unter anderem durch "Fühlungnahme" mit unserer Presse. Eine von Herrn Comnene inspirierte Pressemeldung wußte daher der schweizerischen Offentlichkeit diesen Besuch früher anzukünden als die offiziöse Meldung des Politischen Departements. Gleichzeitig mit der Ankundigung des hohen Besuchs bei Herrn Motta, sprach der rumänische Gesandte auch beim Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Herrn Schultheß, vor, um diesem eine Regelung der seit längerem von der rumänischen Re= gierung in geradezu standalöser Beise abgelehnten Forderungen des schweize= rischen Staates und schweizerischer Privater an Rumänien in Aussicht zu stellen. In der Hoffnung, unter solchen Umständen vielleicht noch einige ber in Rumanien verlorenen 20 Millionen retten zu fonnen, sehen wir daher jest auch den Borfteber des Bolfswirtschaftsdepartements für den Empfang des hochpolitischen Besuches eintreten. Man muß sagen, die rumänische Diplomatie versteht ihr Sandwerk.

Der politische Charafter bes rumänischen Besuches wird durch den Umstand verstärkt, daß Rumänien wegen Bessarabien augenblicklich in einem äußerst gespannten Berhältnis zu Rußland steht, aus dem im Lause der nächsten Monate jederzeit ein offener Konflikt werden kann. Wenn es unserer politischen Leitung also ernst wäre mit der Wiederausnahme der Beziehungen zu Rußland, so müßte schon aus diesem Grunde der Besuch des rumänischen Königspaares abgesehnt werden, dessen Empfang unsere künstige Handlungsstreiheit gegenüber Rußland um ein weiteres einengt. Dazu kommt außerdem, daß das rumänische Königspaar auch in Kom und Madrid seine Aufwartung machen wollte, sein Empfang dort aber demonstrativ abgesehnt wurde. Dasurch, daß die Schweiz den rumänischen Besuch empfängt, bekundet sie also auch diesen Staaten gegenüber, daß sie sich außenpolitisch — und innenpolitisch — weiterhin an das Machtsystem Frankreichs und der Kleinen Entente anzuslehnen gedenkt.

In einem sehr beachtenswerten Artikel hat die sozialistische "Berner Tagwacht" vom 17. April darauf hingewiesen, wie unklug im jetzigen Augenblick der Empfang des von Paris kommenden rumänischen Königspaares sei. Gerade dem saszistischen Italien gegenüber sei schweizerischerseits "eine strikte Rentralität, die strikte Befolgung einer Politik, die dem faszistischen Regiment jeden Anlaß zu Mißtrauen und Boreingenommenheit nimmt", geboten; wir brauchten "keine Politik zu machen, die Italiens Interesse an einer neutralen Schweiz herabmindert"; in Anbetracht der Spannung, die auch zwischen Italien und Rumänien herrsche, liege aber unser offizieller Empfang des rumänischen Herrscherpaares nicht in der Linie einer solchen Politik. Auch für die Anknüpfung von Berbindungen mit Rußland sei der rumänische Königsempfang in Bern nicht gerade das notwendigste. Im übrigen führe im Falle eines offenen Konsliktes die Berbindung Frankreichs mit seinen Schützlingen im Osten durch die Schweiz. Herr Motta sollte sich daher darüber klar werden, daß er im Begriffe sei, nicht die erste, wohl aber die größte Dummheit zu begehen.

Wir haben es in der Frühjahrssession der Bundesversammlung schon vermißt, daß der Bundesrat nicht um Auskunft über Sinn und Tragweite des Besuches von Benesch gefragt worden ist. Die parlamentarische Erörterung des ganzen zusammenhängenden Fragenkomplezes, der durch die Stichworte Truppendurchzugsfrage (die Anfrage Seiler darüber ist noch immer unbeantswortet), französischstschecksischer Bündnisvertrag, Garantiepakt des Bölkerbundes, Sanierung und Garantie Deutschösterreichs, offizieller Besuch Beneschs und neuestens des rumänischen Königspaares in Bern, umschrieben wird, dürste nachgerade dringlich sein, sofern das Parlament noch den Anspruch erhebt, als Bertretung des obersten Souveräns, des Bolkes, zu gelten und sofern der schweizerische Staat durch die offensichtliche Unfähigkeit seiner heutigen außenpolitischen Leitung nicht tieser und tieser in Verbindungen verstrickt werden will, die seinen äußere Handlungsfreiheit noch weiter einschränken als bisher und ihm bei einem ausbrechenden europäischen Konflikt zum Verhängnis werden müssen müssen

Kein Echo hat im Parlament auch die außenpolitische Seite der "Tessin er Frage" gefunden. Da nach offizieller Version sowohl schweizerischerwie italienischerseits die "Tessiner Frage" keine außenpolitische Seite besitzt, könnte sich eine Kritik im Parlament lediglich gegen die allgemeine Art, wie der "Kampf" um unsere südlichen Landesteile seitens des Politischen Departements geführt wird, richten. Tatsache scheint nämlich zu sein, daß ein "Kampf" hier außenpolitisch von unserer politischen Leitung überhaupt nicht geführt wird, sondern daß man die Dinge — auch hier — laufen läßt, wie sie laufen. Und daß sie laufen, und zwar schlecht laufen, haben die neuesten Zwischenställe in Ponte-Tresa, Lugano und Varese mit ihrem diplomatischen Nachspiel

wiederum beutlich genug erwiesen.

Das charakteristische Merkmal all ber Vorfälle, die wir seit bald zwei Jahren, und in den letzten acht Monaten in erschreckender Häusigkeit, an unserer Südgrenze zu verzeichnen haben, ist, daß die "Provokation", die Veranlassung dazu fast ausnahmslos von — schweizerischer Seite ausgegangen ist. Ein entfernter Beobachter, der nicht in das Innere der Verhältnisse hineinsieht, müßte direkt den Eindruck gewinnen, daß die Schweiz im Süden ihres Staatsgebietes einen Unruheherd besitzt, von dem aus ihr südlicher Nachbar Italien oder italienische Staatsangehörige in der Schweiz skändig provoziert und belästigt werden.

Zwei hauptsächliche "Unruhe"-Duellen sind es, benen die Vorfälle der letten Jahre entsprungen sind: einmal der parteimäßige Haß der Tessiner Sozialisten, denen sich auf tessinisches Gebiet geslüchtete italienische Sozialisten angeschlossen haben, gegen den Faszismus; und dann der "Frredentismus" einiger tessinischer "Intellektueller", dessen "treibende" Kräfte jenseits der Grenze zu suchen sind. Die Tessiner Sozialisten werfen sich in ihrem Organ "Libera Stampa" gerne als die eigentlichen schweizerischen Patrioten und Beswahrer der Sicherheit und Ehre des Vaterlandes und der Armee gegenüber

ben Unmaßungen, Gewaltandrohungen und Beschimpfungen der Faszisten auf; die Angehörigen der andern Parteien ihrer eigenen Landesleute, insbesondere bie Radikalen, erscheinen ihnen längst als dem Faszismus verschrieben und als halbe Landesverräter. Man muß einen Blick in die tessinische Parteispresse tun, um sich einen Begriff machen zu können von der Leidenschaftlichs keit, mit der der Parteikampf auch heute im Tessin geführt wird; geschieht irgendwo etwas Ungrades im Kanton, so ist jede Partei bei der Hand, der andern die Urheberschaft daran zuzuschieben; so wurden die Radikalen 3. B. im "Bopolo e Liberta", dem Organ der fleritalen Partei, ohne weiteres der Urheberschaft an dem Machwert der "Questione Ticinese" verdächtigt; die Radifalen ihrerseits sehen in den Sozialisten die für alles Unheil Berantwortlichen u. s. w. Tatsache ist allerdings, daß das Organ der Tessiner Sozialisten, die "Libera Stampa", gegenüber dem Faszismus eine unerhört herausfordernde, das Maß berechtigter Kritik überschreitende Sprache führt und daß die in ber Schweiz und in der Nahe der Grenze wohnenden Faszisten, selbst wenn sie sämtlich unschuldsvolle Lämmer wären, sich dadurch herausgefordert fühlen mußten. Man geht daher mit der Behauptung nicht fehl, daß diese Tätigkeit ber "Libera Stampa" einen gut Teil Schuld trägt an bem äußerst gespannten und gereizten Stimmungszustand biesseits und jenseits ber Grenze, aus bem heraus es bei dem geringfügigsten Anlaß zu "Zwischenfällen" kommt. Auch können wir ruhig eingestehen, daß die Sprache, die die "Libera Stampa" der Partei eines befreundeten Landes gegenüber führt — die übrigens seit anderts halb Jahren dort Regierungspartei und neuestens auch die wirkliche Mehrsheitspartei ihres Landes ist — ungehörig und unzulässig ist; die Beteuerungen der "Libera Stampa", daß ihre Angriffe auf den Faszismus gerichtet seien und nicht auf Italien, für das sie die größten Sympathien besitze, vermögen daran nichts zu ändern.

Hier wird also der eine Punkt sein, wo es für unsere oderste Behörde einzuschreiten gilt. Vielleicht schafft der dieser Tage beginnende Prozeß gegen die Schuldigen an den Zwischenfällen am Landungssteg in Lugano im vergangenen September — 8 Italiener und 3 Tessiner — einige Abhilse. Auf keinen Fall möchten wir natürlich unter einem Eingreisen der Behörden gegensiber dem Treiben der "Libera Stampa" und ihrer Kreise eine Unterdückung des patriotischen Eisers der Tessiner Sozialisten verstehen; die patriotische Wachsamseit dieser Partei ist sehr verdienstlich; eine Untersuchung und Aberwachung hätte sich hauptsächlich in der Richtung zu dewegen, den Anteil von Ausländern und — von allfälligen Provokatoren an dem Treiben sestzusktellen und dagegen die entsprechenden Maßnahmen zu tressen. Im übrigen wäre es verdienstlich, wenn etwa die deutschsschweizerischen Genossen, die dem Faszismus an sich genau so wenig grün sind, wie ihre tessinschen Genossen, diese darusf ausmerksam machen wollten, wie ihr Treiben dem Gesantwohl des Vaterlandes aus allgemeinen politischen Erwägungen zuwiderläuft und die Schweiz im Gegenteil das größte Interesse daran hat, Italien gegensüber eine Politik zu besolgen, "die dem saszistischen Kegiment jeden Anlaß zu Mißtrauen und Voreingenommenheit nimmt" (Verner Tagwacht). Das Bestehen saszistischer Organisationen in der Schweiz ist heute Tatsache. Vor einigen Jahren wäre dei einiger Voraussischt unseren Behörden deren Gründung zu verhindern gewesen. Seute sind die Methoden der Tessiner Sozialisten kein durchben schaffen Anlaß zu Geschehnissen, wie man sie sich auf saszistischer Seite vielleicht nicht besser von unserem Boden zu vertreiben. Im Gegenteil, diese Methoden schaffen Anlaß zu Geschehnissen, wie man sie sich auf saszistischer Seite vielleicht nicht besser von unserem Boden zu vertreiben. Im Gegenteil, diese Wethoden schaffen Anlaß zu Geschehnissen, wie man sie sich auf saszistischer Seite vielleicht nicht besser von unserem Boden zu vertreiben.

Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt, an dem wir eine sichere und feste Hand unserer obersten politischen Leitung vermissen, ist die Bekämpfung der Bühlarbeit angeblich tessinischer Frredentisten. Wir haben in letzter Zeit mehrsach Gelegenheit gehabt, offizielle und offiziöse italienische Rundgebungen zu hören und zu lesen, in denen Italiens Interesse an dem Bestehen einer neutralen Schweiz in ihrem bisherigen Gebietsumfang beteuert und jegliche irredentistisch=annexionistische Absieht auf schweizerisches Gebiet entrüstet abge-

lehnt wurde; die "Squilla Italica", das Blatt der Faszisten in der Schweiz, ist fürzlich offen und ausgesprochen von den Tessiner "Fredentisten", den Bersfassen der "Questione Ticinese", den "Tessiner Jünglingen", als Leuten, die nur die Beziehungen zwischen Italien und der Schweiz trüben, abgerückt; für Italien gebe es keine "Tessiner Frage"; sosern eine solche bestehe, gehe sie lediglich den Tessin selbst und die Schweiz an. Gut! Warum aber hat man dann von schweizerischer Seite nicht schon längst diese "Tessiner Jünglinge" wegen Landesverrat, zwar nicht um einen Kopf kürzer gemacht — das ist heute nicht mehr üblich —, aber zum mindesten unter entehrende und ihnen ihre weitere Tätigkeit verunmöglichende Strasen gestellt? Italien hat heute — wie wir schon in früheren Hesten aussührten — ein sehr großes Interesse an unserer aufrichtigen Neutralität. Um sich diese zu sichern, muß es seden Schein irredentistischer Absichten auf schweizerisches Gebiet meiden und von allfällig im Tessin vorhandenen und tätigen Fredentisten abrücken. Diesen Umstand müssen wir ausnützen und die irredentistische Schlangenbrut im Tessin rücksichtslos zertreten, solange wir freie Hand dazu haben. Wir wollen dann gerne sehen, wer dagegen Einspruch erhebt und sich etwa zum Verteidiger der Landesverräter auswersen will, denn damit bekennt er durch die Tat Abs

sichten, die er mit Worten ableugnet.

Darin sehen wir den grundsätlichen Fehler in unserer heutigen Außenpolitit - im "System" Motta -, daß sie durch eine schwächliche Nachgiebigkeit glaubt Konflikten aus dem Wege gehen zu können, die ihrer Natur nach unvermeidlich sind. Dieses "Spstem" des Kompromisses oder des mittleren Weges, wie es Herr Motta zu nennen beliebt, führt schließlich zu dem Ersgebnis, daß wir dem Gegner alle Mittel in die Hand geben, um sich das ers sehnte Objekt stillschweigend ober unter den ihm von uns gelieferten Borwänden anzueignen. Schon um Benf wollte unsere politische Leitung den Rampf nicht aufnehmen. Um Frankreich nicht weiter zu "reizen", sollte ein Abkommen über die Aufhebung der für Genfs Existenz als freie Schweizer= stadt unbedingt notwendigen Zonen getroffen werden, auf dessen von uns an= erkannten rechtlichen Grundlagen Frankreich die Stadt innerhalb 20 Jahren stillschweigend hätte erwürgen können. Erst die Verwerfung des Zonenstillschweigend hätte erwürgen können. Erst die Verwersung des Zonensabkommens in der Volksabstimmung hat Frankreich dazu gezwungen, seine wahren Absichten auf Genf zu enthüllen; heute ist die schweizerische Offentslichkeit alarmiert und Frankreich die Verwirklichung seiner Absichten, wenn auch nicht verunmöglicht, so doch sehr erschwert. Im Tessin haben wir es insfolge der allen Schwierigkeiten grundsählich ausweichenden Politik unseres Politischen Departements so weit gebracht, daß unser südlicher Nachbar seine Friedlichkeit und Unschuld an irgendwelchem tessinischen Frredentismus besteuern kann, während die Schweiz vor aller Welt — und vor allem vor der italienischen Offentlichkeit — als ständiger Unruhestister dasteht, und unerlöste "Tessiner Sünglinge" nach Befreiung vom helvetischsgermanischen Soch rufen. "Tessiner Jünglinge" nach Befreiung vom helvetisch-germanischen Joch rufen. Frankreich fühle sich durch die Schweiz bedroht — sie habe imperialistische Absichten auf das ganze Genferseebecken —, schrieb kürzlich der Bizepräsident ber frangosischen Rammerkommission für Auswärtiges, Farges, in der "Revue Hebdomadaire"; um dieser Bedrohung zu begegnen, habe Frankreich die Genfer Zonen aufheben mussen. Eines Tages kann sich aber auch der italienische Faszismus durch ben teffinischen Sozialismus bedroht fühlen ober bas italienische Bolt fann es nicht mehr länger ertragen, die Silferufe ber "unerlösten" Brüder im Tessin anzuhören. So wird das Ergebnis unserer heutigen Außenpolitik schließlich nicht nur das sein, daß wir um unentbehrliche Landes- und Gebietsteile kommen, sondern daß wir auch noch den Anlag und Grund für beren Wegnahme gegeben haben follen.

Wie gänzlich sich unsere politische Leitung als von der Gnade der augensblicklichen europäischen Vormacht abhängig empfindet, zeigt ihre Weigerung, dem aus der Mitte des Parlaments laut gewordenen Wunsche nach Aufstlärung über die vom französischen Generalstab unter dem

Schutz des französischen Konsulats in Basel gegen Deutschland betriebene Spionage, zu entsprechen. Die Anfrage von Nationalrat Dust (kath.-kons.) wurde, nachdem der unvorsichtige Interpellant auf die Unerwünschtheit seiner Anfrage "höheren" Orts ausmerksam gemacht worden war, stillschweigend und unbeantwortet zurückgezogen; und die Beantwortung der daraufhin von sosialistischer Seite erneut erfolgten Anfrage ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der Bundesrat, dem der Fall des französischen Hauptmanns d'Armont — um diesen handelt es sich — seit dem November vorigen Jahres bekannt ist, müsse, wie ein gouvernementales Blatt sich entschuldigend ausdrückte, eben zuerst die umfangreichen Akten studieren.

\* \*

Biel Mut hat Herr Motta bagegen zweifellos bei der Schlechtmachung eines Mannes bewiesen, der es unternahm, Herrn Mottas Areise zu stören. Weh dem, der es wagt, den Deckel von einem Häfelein abzulüpfen, wenn dieser Deckel vom Politischen Departement gerade zu dem Zweck, daß das Häfelein gedeckt sei, darauf gelegt worden ist. Herr Motta hatte die De missiel mit Gesunds sich weizerischen begründet. Im Nationalrat erkundigte sich Nationalrat Hauser etwas eingehender nach der Art der Arankheit des Gesandten und machte dabei auf einige Eigentümlichkeiten dieser Arankheit ausmerksam, was von Herrn Motta seweils mit dem Zwischenruf "das ist nicht wahr" beantwortet wurde. Als sich aber der Interpellant schließlich über den "Fall" sehr gut unterrichtet zeigte, klammerte sich Herr Motta, um von der materiellen Berechtigung der Ausklärung, die die schweizerische Öfsentlichkeit so über die Demission des Stocksholmer Gesandten erhielt, abzulenken, an Formelles und entlud seine ganze Wut auf den "Denunzianten", von dem der Interpellant seine Kenntnisse des Falles erhalten hatte.

Daß nach dem "Shstem" Motta ein allfällig bei seinen Vertretern vorshandener Mut sich nicht gegen das unsere Unabhängigkeit und Unversehrtheit bedrohende Ausland richtet, sondern mit Vorliebe an eigenen Landsleuten ausstobt, die es wagen, dem "Shstem" Opposition zu machen, werden wir dems

nächst festzustellen weiter Gelegenheit haben.

\* ... \*

In der französischen Presse geht das Geplänkel gegen die Schweiz weiter. In dem schon oben erwähnten Aufsat des Vizepräsidenten der französischen Kammerkommission für Auswärtiges, Farges, in der "Nevue Hebdomadaire", ist von den "13 savohischen Gemeinden" die Rede, die 1816 an Genf gekommen waren, und "deren Gemeinden" die Rede, die 1816 an Genf gekommen waren, und "deren Wiederabt eigenklich, "hätte verslang en sollen". In der "Action franzaise" und im "Temps" wird die französische Öffenklichkeit darauf ausmerksam gemacht, daß Deutschland sürseinen demnächstigen (?) Revanchekrieg einen Durchbruch durch die Schweiz plane und daß die Schweiz diese Verletzung ihrer Neutralität nicht zu verhindern vermögen werde. Die französische Öffenklichkeit wird aus diesem "bedrohlichen Zustand" wohl die von den Artikelschreibern gewünschte Folgerung ziehen, daß Frankreich dieser Bedrohung gegebenenfalls zuvorkommen müsse. Der Berner Berichterstatter der "Information" (vom 17. April) scheint an der "Italien erfre und lichkeit" des Obersten Ganßer, des Kommandanten des Tessichnet, Auston zu erhalt zugunsten der italienischen Kriegsgefangenen seitete", bezeichnet, Austoß zu nehmen. Und als neuestes weiß der "Frogres de la Haute Savoie" vom 27. April von angeblichen Kriegsgefangenen seitete", bezeichnet, Austoß zu nehmen. Und als neuestes weiß der "Krogres de la Haute Savoie" vom 27. April von angeblichen "genferischen und waadtländischen Kreisen" zu berichten, in denen sich "eine Bewegung abzeichne, um (im Jonenkonssist) zu einem gangbaren Weg zu gestangen und wo man sogar so weit gehe, die Idee zu vertreten, den Zollsgürtel außerhalb der Krenzen des Kantons Genf und Waadt zu verlegen. Genf und Vansacht zu verlegen.

fessel nach der Seite Frankreichs befreit, würde ein Geschehnis von einer Bichtigkeit bedeuten, die der allerwohlwollendsten Aufmerksamkeit wert wäre." Der Plan, den das von Bundesrat und Bundesversammlung angenommene, glücklicherweise aber am 18. Februar vorigen Jahres vom Bolk verworfene Zonenabkommen im Keime erhielt, ist also noch nicht aufgegeben.

Im nun trot all dieser Vorgänge sich in der Schweiz eine treue Gefolgsschaft und eine ergebene öffentliche Meinung zu erhalten, lädt die französische Regierung, d. h. offiziell der französische Schriftstellerverein, dessen Mitglied der französische Ministerpräsident, Herr Poincaré, ist, "die schweizer ist den Schriftstellerverein, dessen Mitglied der französische Ministerpräsident, Herr Poincaré, ist, "die schweizer ist den Schriftsteller und seigen "Feier" zu ihren Ehren nach Paris ein. Laut einem Bericht der "Gazette de Lausanne" besinden sich unter den Eingeladenen neben 21 Welschschweizern, Tessischen und 1 Rhätoromanen auch 6 Deutschschweizer, worunter Carl Spitteler, Meinrad Lienert, Siegsried Lang, Hans Bodmer, Josef Reinhard, Eduard Korrodi. Spitteler, so weiß die "Gazette de Lausanne" weiter zu bezrichten, habe "seine Teilnahme in einem in köstlichem (delicieux) Französisch geschriebenen Brief vorbehalten, indem er hoffe, daß ihm in letzter Minuteseine Kräfte gestatten, an dem Fest teilzunehmen"; unter den welschen Einzgeladenen sei natürlich der in Paris wohnende Louis Dumur nicht vergessen.

Wir sind gespannt, wer aus der deutschen Schweiz Wert darauf legen wird, dem teuren Landsmann und Landesverräter Dumur in Paris die Hand zu drücken und anderseits sich die eigene Hand von Herrn Poincars drücken zu lassen und berart von schweizerischer Ehr- und Würdelosigkeit Zeugnis ab-

zulegen.

Zum vierten Mal jährt sich am 16. Mai ein schwarzer Tag in unserer Geschichte, an dem ein von der Kurzsichtigkeit, Schwächlichkeit und Eitelkeit seiner Staatsmänner irregeleitetes Volk mit schwachem Mehr den außenpolitischen Richtlinien einer vielhundertjährigen Aberlieferung entsagt und einen Schritt getan hat, der heute kaum mehr von seinen eifrigsten damaligen Versechtern gerechtsertigt werden kann, der von Zahllosen, die ihn seinerzeit guthießen, bedauert wird, und aus dem unserem Lande vielleicht einmal schweres Unheil entsteht.

Sollte es nicht nachgerade Allgemeingut des öffentlichen Bewußtseins geworden sein, daß für die staatliche Existenz der Schweiz seit 1919 die Zeiten andere geworden sind, als sie in den friedlichen, verhältnismäßig ungestört verslausenden hundert Jahren von 1815 die 1918 waren und daß damit auch die Ansorderungen, die die veränderten Berhältnisse an die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten stellen, gewaltig gewachsen sind? In unsern Räten siten, verteilt auf die verschiedenen Parteien, eine ganze Anzahl tückstiger, in außenpolitischen Fragen nicht undewanderter Männer, die im False ihrer Berusung dazu sicherlich seine Zeit und Mühe scheuen würden, sich ihrer Aufgabe gewachsen zu zeigen. Wie lange soll es noch gehen, dis die Bundessversammlung diese Männer in eine parlament kußenpolitis immer Fragen geben, die sich nicht für die öffentliche und publizistische Erörterung eignen. Sinzig eine solche parlamentarische Kommission als letzte Kontrollbehörde und beratende Instanz, ohne deren Sinsicht und Zustimmung kein Schritt des Politischen Departements unternommen werden darf, bietet aber die Gewährdasiur, daß die Führung unserer Außenpolitik so geschehe, wie sie von der Mehrheit des Bolses gewünscht wird, und daß mit dem heillosen Dilletantismusund den unverantwortlich wird, und daß mit dem heillosen Dilletantismusund den unverantwortliche Wird, und daß mit dem heillosen Dilletantismusund den unverantwortliche Schweiz bestimmen, endlich ein Ende gemacht wird.

Bürich, ben 26. April 1924.

## Votum von Ständerat Vöhi zum Vericht des Bundesrates über die IV. Völkerbundssession.\*)

(Bom 2. April 1924.)

Berr Brafident, meine Berren!

Zu zwei Punkten bes bundesrätlichen Berichtes über die IV. Session der V.-B.-Versammlung (V.-B. = Bölkerbund) möchte ich mir auch einige Worte erlauben, nämlich zum italienisch zriechischen Konflikt und zum Garantiepakt. Dabei werde ich in Bezug auf den ersten Punkt die Zurückhaltung beobachten, die unter den heutigen Verhältnissen als geboten erscheint.

Der Herr Kommissionspräsident erklärte in seinem Referate, befriebigend sei beim italienisch-griechischen Konflikte die Bermeidung des Krieges gewesen, weniger befriedigend dagegen die ohne Urteil

eingetretene Erledigung des Streites.

Nach meiner Ansicht war nicht nur die Erledigung, sondern vor allem die Art und Weise der Entstehung des Konfliktes eine schwere Enttäuschung, eine Entkäuschung zunächst wohl sür die Freunde des Völkerbundes, aber auch für die Gegner, ich will nicht sagen des Völkerbundes — ich selber bin kein solcher —, sondern für die Gegner des Beitrittes der Schweiz zum Völkerbunde.

Nach dem V.-B.-Vertrage verpflichten sich die Kontrahenten, bei ausbrechenden Konflikten nicht sogleich zum Kriege zu schreiten, also nicht sogleich zu Waffengewalt und Blutvergießen Zuflucht zu nehmen. Der italienisch-griechische Konflikt ist aber ein Beweis dafür, wie wenig noch der Geist des V.-B. in die Mentalität der Völker und ihrer Regierungen Ein-

gang gefunden hat.

Wenn die vierte V.-B.-Versammlung es sich zum Verdienste anrechnet, burch ihren moralischen Einfluß noch Schlimmeres, als was bereits geschehen, nämlich den Ausbruch eines offenen Arieges, verhütet zu haben, so will ich dieses Verdienst gerne anersennen. Allein im Grunde genommen war die Beistegung des Konfliktes doch wohl mehr die Folge der Schwäche und der dadurch bedingten Nachgiebigkeit der einen Partei, als ein Triumph der Grundsähe des Völkerbundes und bes Rechtes.

Wirkliche Befriedigung bes Konfliktes uns davor bewahrte, für den B.-B.Bertrag durch Teilnahme an allfälligen Sanktionen uns einsehen zu müssen.
Wateriell ging der Konflikt uns gar nichts an; er war für uns ein "fremder Handel": denn der Mord von Janina spielte ja "hinten weit in der Türkei". Nur zufolge unserer Solidarität mit dem Bölkerbunde erlangte der Konflikt auch für uns Bedeutung und hätte er unter Umständen für uns sogar sehr verhängnisvoll werden können. Man denke an den Fall, daß der B.-B. gegen unseren südlichen Nachbar Sanktionen ergriffen hätte und wir bei diesen — wenn auch nur wirtschaftlich — hätten mitmachen müssen. Was das bei unserer geographischen und sonstigen Lage bedeutet hätte, will ich nicht weiter ausführen. Wir hätten unser vielgepriesen so Nitspracherecht im Völkerbunde Nachbar secht gegeben, welche seinerzeit fanden, es wäre für die Schweiz die bessete Politik, dem B.-B. nicht beizutreten, sondern ihre gute, alte, absolute Neutralität beizubehalten.

<sup>\*)</sup> Anmerkung der Schriftleitung: Da die Verhandlungen des Ständerates über den bundesrätlichen Bericht über die IV. Völkerbundsversammlung nicht stenographisch aufgenommen worden sind und die Presse nur auszugsweise darsüber berichtet hat, haben wir Herrn Ständerat Böhi um die schriftliche Niederslegung seiner in Bern gemachten Ausführungen, die eine weitere Offentlichkeit interessieren dürften, ersucht.

Wenn die Bölkerbundsjuristen oder Prosessoren des Bölkerrechtes — ich habe Herrn Bundesrat Motta in diesem Punkte vielleicht mißverstanden — die Theorie vertreten sollten, daß ein Staat für Verbrechen, die auf seinem Gesbiete begangen werden, schlechthin verantwortlich und daß eine gewaltsame Pfandergreifung, sogar verbunden mit Bombardement und Tötung wehrloser Menschen, keine Kriegshandlung sei, so müssen wir vom Standpunkte der Schweiz aus eine solche Theorie ablehnen. Es kann ja vielleicht Verbrechen geben, für die den Staat eine gewisse Mitschuld und daher auch Verantwortslichkeit treffen mag; das wird aber nicht die Regel, sondern das werden Ausenahmefälse sein. Die Schweiz hat mit ihrem Usplrecht alle Veranlassung, keine zu weit gehen de Verantwortslichkeit verschen anzuerken des Staates für Verbrechen anzuerken des Staates für

Im Jahre 1898 wurde in Genf oder am Genfersee die Kaiserin Elisabeth von Osterreich ermordet. Niemand machte damals die Schweiz für diesen Mord verantwortlich, und, obschon damals noch kein Völkerbund existierte, siel es Osterreich nicht ein, zur Vergeltung mit seiner Kriegsmacht das st. gallische Kheintal zu besetzen und dasselbe als Pfand für die von der Schweiz zu leistende Sühne zu ergreisen. Im Falle Konradi, der noch frisch in unser Aller Erinnerung steht, wollte die russische Sovietregierung freilich die Schweiz für das Verbrechen verantwortlich erklären; allein gegen dieses neue Völkerrecht

muffen wir uns entschieden ablehnend verhalten.

Und nun der Garantiepakt oder "ber Bertrag wechselseitiger Hisper Leistung", wie der offizielle Name lautet. Er liegt freilich erst in einem provissorischen Entwurfe vor; aber man sieht daraus doch, wie er im Großen und Ganzen gedacht ist.

Mit dem Buch staben des V.=B.=Vertrages ist der Garantiepakt vielleicht nicht im Widerspruch, wohl aber mit dem Sinn und Geist desselben und vorab mit der Meinung, in der das Schweizervolk dem V.=B. beitrat.

Man glaubte, die Autorität und das Ansehen des Gesamtvölkersbundes sollten an Stelle der früheren Separatallianzen treten, diese überflüssig machen und die militärische Abrüstung ermöglichen. Separatallianzen sind eine Gefahr für den Frieden, heißen sie nun Dreibund, große oder kleine Entente oder wie immer.

Zweifellos liegt es nicht in der Kompetenz des Bölkerbun= des, Separatallianzen zu verbieten oder zu verhindern, auch nicht unter den Staaten, die Mitglieder des B.=B. sind. Wenn solche Staaten Separatallianzen schließen, so mag man das bedauern; rechtlich beanstanden

kann man sie wohl nicht.

Anders verhält es sich mit einer Separatallianz, die innerhalb des V.-B., unter der Agide und dem Schutze des V.-B., geschlossen werden will. Der Rat des V.-B. ist und soll nur sein Organ des V.-B. und nicht zugleich Organ eines Sonderbundes, der nicht alle Völkerbundsmitglieder umfaßt.

Der projektierte Garantievertrag will nun aber bem Rate bes V.=B. eine ganze Reihe höchst wichtiger Rompetenzen übertragen.

Art. 4 bestimmt: "Im Fall, daß einer oder mehrere der vertragsschließenden Teile in Feindseligkeiten verwickelt wären, muß der Kat in einer viertägigen Frist von dem Tage an gerechnet, an dem der Generalssektetär in Kenntnis gesetzt worden ist, erklären, wer von den Bertragsschließenden Opfer eines Angriffs ist, und ob er das Kecht besitzt, den durch den Vertrag vorgesehenen Beistand zu fordern." Nach Art. 5 kann der Kat im Besondern:

,,a) entscheiden, daß auf den angreifenden Staat die durch Art. XVI des B.-B.-Vertrages vorgesehenen wirtschaftlichen Sanktionen sofort in Anwendung kommen, wobei indessen nur dann Mitglieder des B.-B., welche diesen Vertrag nicht unterzeichnet haben, durch eine solche Entsicheidung gebunden sein können, wenn der angegriffene Staat Grund hat,

sich auf die Artikel bes Paktes zu stüten;

b) die Bertragschließenden bezeichnen, deren Beistand er bedarf;

c) für jeden beistehenden Staat die gur Berfügung gu stellenden Streitfrafte bestimmen;

d) alle Magnahmen treffen, um die Priorität der Berbindungen und

Transporte bei den Operationen zu sichern;

e) einen finanziellen Rooperationsplan zwischen ben Bertragschließen= den vorbereiten, um den angegriffenen und ben beiftehenden Staaten die für die Operationen nötigen Gelder zu verschaffen;

f) den Oberkommandierenden ernennen und Zweck und Wesen seiner

Mission bestimmen."

Das sind die außerordentlich weitgehenden Kompetenzen des Rates, der in Perfonalunion zugleich Bölkerbundsrat und Sonderbunds = rat sein müßte!

In der Ginleitung des Garantiepattes heißt es:

"Die hohen Bertragichliegenden erklären, daß der Angriffstrieg ein internationales Berbrechen bedeutet, und verpflichten fich feierlich, sich

eines solchen Berbrechens nicht schuldig zu machen. Ein solcher Krieg wird nicht als ein Angriffstrieg betrachtet, der von einem Staat, der in eine Streitfrage verwickelt ift und die einstimmige Empfehlung des Rates, das Ilrieil des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ober den Schiedsspruch angenommen hat, gegen einen Bertragschließenden gerichtet ist, welcher eine solche Entscheidung nicht angenommen hat, vorausgesett, daß der erstere Staat nicht die politische Unabhängigfeit und territoriale Unversehrtheit des Bertragichliegenden verlett."

Nach Art. 8 können die Signaturmächte der Zusatschmmen sich verpflichten,

"in den darin vorgesehenen Angriffsfällen den Beistandsplan sofort gur Ausführung zu bringen. In diefem Falle muffen fie unverzüglich ben Bölkerbunderat von den festgelegten, von ihnen in Ausführung dieser Abkommen getroffenen Magnahmen in Kenntnis setzen."

Aus den zitierten Bestimmungen geht hervor, daß der Garantiepakt den Begriff des "Angriffstrieges" definiert oder vielmehr ganz erheblich ein = schränkt, indem er — mit nicht gerade vorbildlicher Klarheit — sagt, welcher Angriffskrieg nicht als Angriffskrieg betrachtet werde, obschon er eigentlich ein solcher ift. Der Art. 8 hat wohl kaum einen anderen Sinn, als daß er "in den darin (d. h. in den Zusatsabkommen) vorgesehenen Ansgriffsfällen" zu sofortigem Losschlagen ermächtigt. Wenn das der Sinn des Art. 8 ist, dann steht er im Widerspruch mit Art. 12 des B.=B.=Bertrages, wonach die B.=B.=Mitglieder übereinkamen, "in keinem Falle vor drei Monaten nach dem Schiedsspruch oder dem Be=richt des Rates zum Kriege zu schreiten."

Sei dem aber, wie ihm wolle, jedenfalls dürfte die Definition bes "Angriffskrieges" nur Sache des Gesamtvölkerbundes und nicht Sache der Kontrahenten des Garantiepaktes, auch nicht Sache des B.=B.=Rates, sein.

Mit dem Begriff des Angriffstrieges find fehr verhängnisvolle Ronfeguenzen verbunden, Sanktionen, deren Folgen von allen Mitgliedern des B.-B. zu tragen sind. Überhaupt aber können sich aus dem Berhältnis des Garantiepaktes zum V.=B.=Vertrag und aus der Doppelstel= lung des Rates als oberstem Organ der Garantiepakt= kontrahenten und des Völkerbundes schwierige Komplikati= onen ergeben.

Es tann wohl nicht in ber Befugnis einer Gruppe von Mitgliedern des B.B. liegen, durch einen Garantiepakt die Lage der andern Mitglieder zu erschweren, und beshalb würde es mir richtiger scheinen, wenn die Schweiz, wie dies auch Italien getan, grundfätlich gegen ben Abschluß eines Garantiepaktes innerhalb und unter

bem Patronate des B.-B. stimmen und nicht bloß der Stimme jich enthalten mürde.

## Bur politischen Lage.

Das Stehausmännchen. — Mac Donalds Politit. — Baltanpolitit. — Das faschiftische Parlament. — Reichstagswahlen.

Alls Stehaufmännichen Diebelbet ber neueste "Mebelspalter" Hern Poincaré auf seinem Titelblatte ab. Der Vergleich ist gar nicht übel. Man vergegenwärtige sich nur einmal die ersten Monate dies Jahres! Mit welcher Schabenspeude oder welcher Unruhe, je nach dem Standpunkte des Juschauers, hat man damals dem schieder unvermeidlichen Ende der Hernschaft Poincarés und des Nationalen Blockes in Frankreich entgegengesehen. Der Frankensturz vollzog sich unaufhörlich und bereits kam es zu den sprunghaften Preissteigerungen und den darauffolgenden Teuerungskrawallen und Lohnbewegungen. Demgegenüber stand die wie durch ein Bunder gesetzte Kentenmark. Langsam wurde auf der einen Seite die durch den Währungsverfall außer Kandund Vand geratene deutsche Wirtschaft und der kentenmark. Langsam wurde auf der einen Seite die durch den Währungsverfall außer Kandund Vand geratene deutsche Wirtschaft und der seingerenkt und ebenso langsam, aber sicher zersetzt sich auf der Gegenseite Wirtschaft und Kinanzwesen. Das Ganze wiestelte sich unter der wohltwollenden Nachbilse englischer, amerikanischer und deutscher Finanzkreise ab. Es hing eng mit dem internationalen Kingen zwischen Frankreich und England zusammen. Es sollte die Ergebnislosigkeit der ganzen Poincareschen Außenpolitik mit dem Kuhreinfall und der gewaltsamen Aussichten. Dazu kamen einige empfindliche Rüchschieden Perstantschen Verschaft auf dem europäischen Festlande versinnbildlichen. Dazu kamen einige empfindliche Rüchschen Politischen Politositik. Her Vernzösischen Politosit auf dem vergrößerten Balkan, erlebte auf der Belgrader Konserenz der kleinen Enkente eine üble überraschung. Sübslawien zog in seinen innern und äußern Schweizigkeiten eine vorübergehende Einigung mit Jalien der wendiger offensichtliche Mißersolze und dazu in weiten Teilen der Weltzund zus der kleinen Enkente eine üble überwiegend gehörte, eine sehr schles Pressen auch die Schweiz ganz überwiegend gehörte, eine sehr schles Pressen und die Schweiz ganz überwiegend gehörte, eine sehr schles Pressen un

ungefähr besagte: Zapple nur noch fräftig, es nütt dir doch nichts!

Und jett! Es zeigte sich, daß der Lothringer immer noch über die alte Zähigkeit und Energie und die außerordentliche Geschicklickeit versügte. Die Maßnahmen zur Einrenkung des verfahrenen Staatshaushaltes wurden in den Kammern rücksichtslos durchgepeitscht. Dadurch wurde die Erundlage für das rettende Eingreifen der alten, oft bewährten Freunde in der englischen und amerikanischen Finanzwelt geschaffen. Der Franken stieg sprunghaft und steigt immer noch. Dieser entscheidenden Wendung folgten eine Reihe weiterer geschickter Schachzüge. Das Kabinett wurde umgebildet. Leute von der Rechten wurden ausgeschifft, in der sichern Annahme, daß diese Gruppen doch gar nichts anderes tun können, als Poincaré unterstüßen. Dafür wurden Glieder der schwankenden Mitte oder der Linken unter die Mitarbeiter aufgenommen. Damit waren neue Anhänger gesichert. So wurde die Stellung im Innern gesestigt. Nach außen erfolgte die geschickte Ausnützung des russischen Druckes auf Kumänien und dadurch der Abschluß des französisch-rumänischen Bündenisses. Eines mit Südssawien wird wahrscheinlich solgen. Damit ist die französische Ostpolitik wieder um einen wichtigen Schritt vorwärts gekommen. Und

schließlich zeigte es sich, daß die frangofische Staatskunft auch bei der in Paris tagenden Sachverständigenkommission nicht vergeblich tätig gewesen war. Die Borschläge fielen für Frankreich gar nicht so unerwünscht aus, wie man eine Zeit lang hätte glauben können. Also eine ununterbrochene Rette von Erfolgen nach Außen. Heute steht das Rabinett Poincare fester da als seit langem. Es fann den Wahlen ruhig entgegensehen. Es hat ja noch ein übriges getan und sie werden nun wohl die Wahlen von Anfang Mai ausfallen? Werden

die Franzosen wirklich das erfolgreiche Rabinett und die Parteien des nationalen Blockes mit ihrer traditionellen imperialistischen Politik verleugnen? Werden sie den durch die mannigfachen Nöte und Mißstände geförderten Linksparteien von den Kommunisten bis zu den Radikalen sich zuwenden? Darauf eine bestimmte Antwort zu geben, ist unmöglich. Noch geht es drei Wochen bis zu den Wahlen; da kann und wird noch mancherlei geschehen, das auf das Ersgebnis einen Einfluß ausüben wird. Dazu hängt bei dem französischen Wahls fistem und dem schwankenden Barteiwesen fehr viel von örtlichen Stimmungen und Strömungen ab, die man von Außen gar nicht einschäten fann. Wahrscheinlich wird die Linke Stimmen gewinnen. Es ist ja eine ganz natürliche Erscheinung, daß eine längere Zeit an der Regierung gewesene Mehrheit Berlufte an die Opposition erleidet. Wie weit das aber gehen wird, ist gang unsicher. Es erscheint mir unwahrscheinlich, daß die Zusammensetzung der Kammer sich so verändern wird, daß die jetige Regierung verschwinden müßte.

Eines ist auf jeden Fall sicher. Die frangofische Augenpolitik wird in ihrer ganzen Grundeinstellung feine Anderung erfahren, mögen nun die Bahlen so oder so ausfallen. Dazu ist sie zu alt hergebracht, zu sehr ber Stimmung und auch den Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßt und — heute — auch zu stark festgelegt. Das gilt für das Verhalten gegenüber der Schweiz ebenfalls.

Wie steht demgegenüber der englische Premier da? Er macht gerade die recht schwierige Zeit eines Anfängers durch, nicht nur er allein, sondern alle seine Mitarbeiter und seine gesamte Partei. Das heißt natürlich nicht, daß Mac Donald ein politischer Anfänger sei, sondern eben nur ein Reuling in ben umfassenden Aufgaben und Pflichten, die sein hohes Umt mit sich bringt. Allein bis sich die neuen Leute rein technisch in ihre Amter hineingefunden haben, bis sie die nötigen Personalkenntnisse u. f. w. besitzen, muß eine geraume Beit vorübergehen. In dieser Beit können naturlich feine überwältigenden Taten geschehen. Das ist bei jeder neuen Regierung so. Und in England fommt nun noch dazu, daß sich das Rabinett auf eine Minderheit in den beiden Rammern stüten muß und beständig auf die Gnade einer fremden Partei angewiesen ift. Schließlich ist es ja bekannt genug, daß Mac Donald mit einer erheblichen Gegnerschaft in der eigenen Arbeiterpartei zu rechnen hat. Nimmt man das alles zusammen, so wird man sich nicht wundern, daß die Arbeiterregierung bis jest noch recht wenig Taten hat sehen lassen. Aber das begreifen die breiten Massen gewöhnlich nicht. Von einer ganz neuen Regierung erwarten sie auch gleich Taten. Wenn diese aber auf sich warten lassen, so greift sehr rasch Enttäuschung um sich. Das kann man heute schon in England und auf

rasch Enttäuschung um sich. Das fann man heure schon in Engiand und der ganzen Welt genau sesstellen.

Sehen wir einmal, wie weit das sachlich begründet ist. Mac Donald hat bei der Regierungsübernahme als seine Hauptaufgabe die Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes in der Welt bezeichnet. Das entspricht einmal seiner pazisistischen Denkweise und soll andererseits die schwierige Wirtschaftslage Englands dauernd verbessern. Als englischer Ministerpräsident kann er aber selbstverständlich diese Politik nur unter der Bahrung aller Interessen Weltreiches verfolgen. Die erste und hauptsächliche Etappe zur Erreichung seines Vieles bildet für Mac Danald die Kerstellung eines erträglichen Ausgleiches Zieles bilbet für Mac Donald die Herstellung eines erträglichen Ausgleiches zwischen Frankreich und Deutschland. Ober mit andern Worten gesagt, auch

ber Arbeiterführer muß selbstwerständlich auf irgend eine Beise die unersättliche frangofische Politit in Schranten zu halten suchen, vor allem auch im Interesse seines eigenen Landes. Er muß Deutschland eine gewisse Existenzmöglichkeit sichern. Mac Donald sucht sein Ziel auf dem Wege einer Verständigung mit Frankreich zu erreichen und dabei die Wirtschaftsinteressen der ganzen Welt mobil zu machen. Deshalb das Sachverständigengutachten, das das Sprungbrett zur Lösung bieten foll. Wir haben hier das erste greifbare Ergebnis ber Mac Donald'schen Politik. Es soll nun hier nicht untersucht werden, wie weit es wirtschaftlich durchgeführt werden fann. Die ganze wirtschaftliche Ausführung hängt ja ab von der politischen Lage, von den politischen Bestingungen, die Frankreich stellen wird, und von der Aufnahme dieser Bestingungen in Deutschland. Die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen erst in ben jett bevorstehenden Berhandlungen. Man fann alfo über den Erfolg oder Migerfolg der Außenpolitit des Arbeiterkabinetts hier noch kein Urteil abgeben.

Mißerfolg der Außenpolitik des Arbeiterkabinetts hier noch kein Urteil abgeben. Er muß sich erst noch erweisen. Ein gutes Borzeichen für den Ausgang bildet allerdings die Entwicklung in Frankreich nicht.

Unterdessen ist in anderer Richtung eine für das Geschick des britischen Weltreiches vielleicht folgenschwere Entscheidung gefallen. Mac Donald hat auf den Ausbau Singapurs zur großen Flottenbasis verzichtet. Diese bezweckte eine Sicherung des englischen Reiches in den ostasiatisch-australischen Gewässern, die besonders seit der Aufgabe des Bündnisses mit Japan dringlich geworden war. Vor allem die großen australischen Dominions wünschen ihn dringend. Den Abrüstungsideen zuliebe hat die Arbeiterregierung darauf verzichtet. Australien und Neuseeland haben scharf Verwahrung gegen die Aussehung eines Beschlusses der letzten Reichskonferenz eingelegt. Die Zukunft muß lehren, was daraus noch entstehen wird.

daraus noch entstehen wird.

Fast gleichzeitig ist der getreueste Helfer der jetigen englischen Politik in ben Rolonien, Smuts, gestürzt. Bier hebt sich immer beutlicher eine Roalition ber Buren und ber Arbeiterpartei hervor, die vielleicht in naher Zukunft Eng-land auch in Südafrika vor schwierige Fragen stellen wird. Hält man damit die fortwährenden Unruhen in Indien, Aghpten, Palästina, Mesopotamien u. s. w. zusammen, so gewinnt man eine Ahnung von der Größe und verwirrenden Mannigfaltigkeit der Aufgaben, die die britische Politik zu bewältigen hat. Das bildet ja gerade ihre Hauptschwäche gegenüber der zielbewußten, konzentrierten Politik Frankreichs.

Schon früher habe ich in diefer Rundschau darauf hingewiesen, wie außerordentlich rasch sich alle politischen Gruppierungen im Staatengewimmel des großen Balkans verschieben. Davon hat man in jüngster Zeit wieder genügend Beispiele erlebt. Zuerst das überraschende Ergebnis der Belgrader Konferenz: Das sübslawisch-italienische Übereinkommen einerseits, das Abrücken Rumäniens von Frankreich andererseits. Nun taucht plötlich der fast vergessene ruffische Roloß im hintergrund wieder auf, erinnert sehr vernehmlich an seine nie aufgegebenen Ansprüche auf Bessarabien und stülpt dadurch augenblicklich alles wieder um. Rumänien sucht sofort von neuem Anschluß an Frankreich, der ihm auch bereitwilligst gewährt wird. Das frangofische Spftem im Often wird dadurch wieder vollständig. An dieser Entwicklung hat aber wiederum Sudflawien keine große Freude und innerhalb der kleinen Entente entsteht so wieder eine kleine Abkühlung, bis morgen oder übermorgen. Das Ganze ist ein Akt. in dem endlosen dort unten abrollenden Schauspiel, aber einer, der für den Westen seine bedeutungsvollen Nachwirkungen haben kann. Er erinnert auch daran, daß man das große Rußland immer im Auge behalten muß und jederzeit von bort Aberraschungen erwarten fann.

Bei dieser Gelegenheit sei auf zwei kleine, aber bezeichnende Beispiele balkanischer Staatskunst aufmerksam gemacht. In Sudslawien ift das Ministerium Pasitsch wieder einmal am Ende angelangt; es werden jedenfalls Reuwahlen erfolgen. In dem Parteigezänk hat sich nun dem allgewaltigen Pasitsch auch die deutsche Parlamentspartei, die Vertretung der 700,000 Deutschen in

Südslawien, nicht so willfährig gezeigt, wie dieser es wünschte. Flugs hebt er einsach den großen, in Hunderten von Ortsgruppen verbreiteten "Deutschen Kulturbund" auf! Dieser hat natürlich mit Politik nichts zu tun, aber das hat im Balkan unten nichts zu bedeuten. Recht und Gesetz besteht ja da nicht. Die Deutschen aber verlieren ihren einzigen, mit endloser Mühe geschaffenen

Berein zur Pflege ihrer fulturellen Angelegenheiten.

Berein zur Pflege ihrer kulturellen Angelegenheiten.

Auf der andern Seite versucht die famose "liberale" Regierung des rusmänischen Nachbars gerade jest das gesamte Schulwesen der Minderheiten, allen internationalen Berträgen zuwider, einsach zu vernichten. Aber das wirdbeileibe nicht klar und deutlich gehen, sondern auf allen möglichen Umwegen und Hintertürchen! Auch das ist so bezeichnend für die balkanische Staatskunst. Es ist sehn bedauerlich, daß auch Rumänien, das sich durch eine verhältnissmäßig gute Behandlung seiner Minderheiten auszeichnete, sich nun auf diesen Weg begibt, der dem Staate auf keinen Fall sörderlich sein kann. Und das gerade angesichts der russischen Gesahr, wo man auf alle Teile der Bevölkerung angewiesen ist. Es ist unbegreislich, aber doch für das grenzenlose Durchseinander dort unten bezeichnend.

In Italien sind die Wahlen vorbei. Ihr leicht vorauszusehendes Ergebnis ist das fasch istische Parlament. Mussolini hat kein Mittel unbenüt gelassen, um zu diesem Ziele zu kommen. Er hat durch sein meines Wahlsgeset auch für den Fall vorgesorgt, wo seine Partei nur einen Viertel aller Stimmen gewinnen würde. Es war unnötig. Er hätte die jetzt gewonnene Mehrheit selbst bei der Anwendung des reinen Verhältnisversahrens erhalten. Fast zwei Orittel aller Stimmen sind den Faschisten zugefallen. Damit ist doch der Beweis geführt, daß das italienische Volk hinter der gegenwärtigen Resgierung steht. Man mag da von Wahlbeeinflussung u. s. w. sprechen; das war doch in Italien immer der Fall. Nun wird Mussolini in aller Kuhe sein inneres Gesundungsprogramm weiter durchführen und in der Außenpolitik aus Große Gesundungsprogramm weiter durchführen und in der Außenpolitit auf Großitalien hinarbeiten können. In dieser ist es immer noch auffällig still. Mussolini hat in den schwebenden Fragen sich nicht festlegen laffen, sondern behält sich bon Fall zu Fall freie Sand vor.

Die italienischen Wahlen haben aber auch gezeigt, wie die mahre Stimmung in Deutsch-Südtirol ist. 40,000 Stimmen hat die deutsche Liste vor drei Jahren erhalten, dieses Mal trop aller faschistischen Gegenarbeit 35,000! Es werden wieder zwei deutsche Abgeordnete im römischen Barlamente siten. So war die selbst in der heutigen Zeit beispiellose Gewaltherrschaft in Sud-

tirol doch fast wirkungslos.

Bei alle dem Getriebe ift Deutschland eigentlich blog Objekt. Es ichenkt all den Borgangen in der großen internationalen Politit verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit, tropbem bort um sein eigenes Fell gemarktet wird. Und bas bischen Interesse, das dem Auslande noch gewidmet wird, beschränkt sich hauptsächlich darauf, etwas herauszufischen, mit dem man dem innern Gegner eins anhängen kann. Innerpolitik ift eben Trumpf. Der Rampf der Parteien tobt heute jo heftig, wie noch taum je. Er hat jo verwickelte Formen angenommen, daß dem außenstehenden Brobachter alles nur noch wie ein unentwirrbares Durcheinander erscheint. Alle Parteien befinden sich in mehr oder weniger großer Zersetzung, jeder Tag sieht neue Gruppen und Gruppchen entstehen. Und der Höhepunkt wird doch erst in den nächsten Wochen, bis zu den Reichstagswahlen, erreicht werden.

Und doch wird man bei genauerer Betrachtung finden, daß alle diese Merkwürdigkeiten, die man heute in Deutschland hören und sehen kann, im Grunde nur der Ausdruck für das Gefühl sind, daß jetzt der entscheidende Kampf um die Macht eingesetzt hat. Ich habe auf diese in der Schweiz wenig beachtete und fast durchweg falsch eingeschätzte Entwicklung schon oft hinge-wiesen. Der furchtbare Oruck von Außen, die fortgesetzte Reihe von Demutigungen und Qualereien, die unendlichen perfonlichen Schaden, die fast

jeder einzelne Deutsche in den letzten Jahren erdulden mußte, haben ihre natürliche Wirkung gehabt: Es ist ein immer schärferer Nationalismus entstanden. Immer weitere Kreise der Bevölkerung und schließlich auch Teile der Arbeiterschaft sind von ihm ergriffen worden. Ihre Auswirkung hat diese Strömung in der Entstehung und dem lawinenartigen Anschwellen der sog. "Baterländischen Berbände" zefunden. Die politische Wirkung bestand im Answachsen der sogenannten "Rechtsparteien" der Deutschnationalen und der Völstischen. Bei uns bezeichnet man die Bewegung vielsach noch als monarchistisch; das ist vollständig falsch, der monarchistische Einschlag wird zusehends geringer! Andererseits hört man sie häusig auch faschistisch nennen. Auch das ist nur besgrenzt richtig. Vom italienischen Faschismus ist das alles so weit verschieden, wie es die beiden Völker sind. Am besten nennt man sie einsach national und — antisemitisch. Die Bewegung hat ins Parteileben überall eine größe Unssicherheit gebracht. Sie macht sich durchweg sühlbar, unangenehm sühlbar. Deshalb das unglaubliche Durcheinander. Wo die Sache hinausgehen wird, ist heute noch nicht zu erkennen. Sichere Formen hat sie noch keineswegs gefunden.

Im Verlaufe der letzten anderthalb Jahre ist das alles eigentlich erst allgemein sichtbar geworden. Es ist die Zeit seit dem Ruhreinfall, es ist die unmittelbare Wirkung der Politik Poincares. Die in den letzten Monaten statzgefundenen Wahlen waren sozusagen der Barometer der Bewegung. Im roten Thüringen und Sachsen in Mitteldeutschland, in Meklenburg und Danzig, dann in Potsdam im Norden oben, schließlich in Bahern konnte der abgelesen werden. Aberall die gleiche Erscheinung: Rückgang der Sozialisten überhaupt unter gleichzeitiger starker Zunahme der Kommunisten, Kückgang der bürgerlichen Mitte, Zentrum und liberale Gruppen, Anwachsen der Deutschnationalen und gewaltiges Anschwellen der neuentstandenen Völkischen. In den verschiedenen Landesgegenden war die Erscheinung noch verschieden stark, vorhanden war sie überall. Überrascht hat bei uns der baherische Wahlausgang, er war aber nur ein besonders bezeichnendes Zeichen der Zeit.

Nun muß man bedenken, daß bis vor ganz kurzem die Parteien, die Berbände, die Zeitungen und Zeitschriften der "Bölkischen" fast durchweg versboten waren, daß also ihre Tätigkeit unter außerordentlichen Schwierigkeiten vor sich ging. Und trothem ist die Bewegung so stark geworden, daß offenbar die Besüchtung besteht, sie werde bei den kommenden Reichstagswahlen so stark sich erweisen, daß sie nachher berücksichtigt werden muß. Es kann sich bei der ganzen Sachlage unmöglich um die Eroberung der Mehrheit durch die Nationalisten handeln, sondern einzig und allein darum, daß sie so stark werden, daß sie auf die Regierung einen Einfluß haben müssen. Das war ja jett nur in Ausnahmefällen möglich.

Diese Besürchtungen und auf der andern Seite Hoffnungen machen die berzweiselten Anstrengungen aller Parteien verständlich. Es geht ja nicht nur um Site im Reichstag und in den verschiedenen Landtagen. Es handelt sich vielmehr um den Einfluß auf die Besetzung der vielen Tausende von Beamtenstellen, bei deren Bestellung politische Gründe maßgebend sind. Hür Tausende und Abertausende geht es um Amt und Brot. Dazu kommt eben die Tatsache, daß in diesem innerpolitischen Kampse auch um die Führung der Außenpolitik gerungen wird. Deshalb die maßlose Erbitterung. Davon erhalten wir einen Vorgeschmack in unserer Presse. Deutsche Korrespondenten aller möglichen Art versechten hier ihre Parteistandpunkte mit der größten — Ungeniertheit. Das mag teilweise aus die Taktik der gefährdeten Parteien zurückzusühren sein, das Ausland gegen ihre innern Gegner mobil zu machen. Man sucht deshalb den Leuten im Ausland möglichst das Gruseln vor der innern Entwicklung Deutschlands beizubringen. Bewußt oder unbewußt gehen auch manche unserer Blätter, wie besonders viele englische Zeitungen, darauf ein. Diese Stimmen werden dann in Deutschland im Bahlkamps wieder verwendet, um den Bürgern klar zu machen, daß eine Stimmabgabe für die "Rechtsparteien" eine Katastrophe für die deutsche Außenpolitik mit sich bringen müßte.

Ich glaube an all das ganz und gar nicht. Erstens werden die Nationalisten die Mehrheit nicht erlangen und zweitens werden auch sie, wenn sie die Berantwortung mittragen, die einmal gegebenen Tatsachen berücksichtigen müssen. Im übrigen zeigt die ganze Sache nur, wie sehr die Deutschen heute noch lieben, ihre Händel im Auslande auszutragen und die innere über die äußere Politik zu stellen. Dem Auslande aber muß die Entwicklung in Deutschland zeigen, wie falsch die bisher befolgte — die französische — Politik war. Das hat auch Mac Donald festgestellt.

Wie werden nun die Reichstagswahlen ausfallen? Sie werden jedenfalls einen Rückgang der sozialistischen Stimmen bringen. Innerhalb der Sozialsdemokratie wird die Mehrheitspartei starke Verluste erleiden, die Kommunisten dagegen werden sich mindestens verdoppeln. Die bürgerliche Mitte wird kaum ungeschwächt davonkommen. Das Zentrum dürfte seinen eisernen Bestand beshaupten, vielleicht einige Mandate verlieren. Die Demokraten werden als die hauptsächlich Juden in ihren Reihen zählende Partei auch zusammenschmelzen. Den größten Kückgang wird aber die Partei Stresemanns erleben, da sie innerlich ganz zerrissen ist. Die Deutschnationalen werden erheblich gewinnen, die Völkischen werden jedenfalls bedeutend stärker als die Demokraten in den Reichstag einziehen. Die genauen Stärken sind selbstverständlich nicht abzusschäben. Vor allem weiß man nicht, wie das besetzte Gebiet wählen wird, wo die Rechtsparteien kaum werben können.

über die Aussichten des neuen Reichstages, die Folgen im Innern und in der Außenpolitik wird man sich erst nach der Wahl ein Bild machen können.

Marau, ben 23. April 1924.

heftor Ammann.

## Englischer Brief.

Der Dawesplan; seine Schatten= und Lichtseiten. Frankreichs Haltung zu ihm. Mac Donald über die Aussichten seines "Settlement"; die russischen Unterhandlungen.

J. M. Kennes, der erste Sachverständige im Lager der Alliierten, der den wirtschaftlichen Bahnsinn des "karthagischen" Friedens vor aller Welt geißelte und der mehr als irgend ein anderer dazu beitrug, der englische sprechenden Welt ein Licht über ihn aufzustecken, hat zum ersten Mal ein relativ günstiges Urteil über eine alliierte Arbeit zur Lösung des sogenannten Reparationsproblems gefällt. Er schließt in der "Nation" einen Aberblick über den Dawesbericht mit folgenden Worten:

"Er ist der beste bisherige Beitrag zu diesem unmöglichen Problem. Er atmet einen neuen Geist und ist in einer neuen Weise konzipiert. Er schafft eine Atmosphäre der Unparteilichkeit und verrät wissenschaftliches Wissen und Können. Wenn seine Sprache zuweilen die Sprache eines vernünstigen Mannes scheint, der sich in einem Narrenhaus sindet und sich seinen Insassen anpassen muß, so verliert er doch nie den Verstand. Wenn er mit dem Unmöglichen Kompromisse schließt und wenn er das Unmögliche sogar ins Auge faßt, so schreibt er es doch nie vor. Diese Fassade und diese Entwürse mögen sich nie in einem Gebäude verwirkslichen, welches das Licht des Tages erblicken wird. Es ist aber ein ehrsliches Dokument und es eröffnet ein neues Kapitel."

Ich glaube, daß das wirkliche Urteil der britischen Regierung kaum viel anders lauten würde. Sie macht sich keine Illusionen darüber, daß der Bericht nur ein Kompromiß ist zwischen französisch-belgischen Begehrlichkeiten und angelsächsischen Einsichten, daß er in keiner Weise eine Lösung des Reparationsproblems bedeutet, an dem Europa nun schon fünf Jahre krankt; sie sieht in ihm nicht einmal einen wesentlichen Beitrag zu jenem allgemeinen "Settlement", das Mac Donalds Ziel ist; sie ist aber entschieden der Anslicht, daß der Bericht "ein neues Kapitel öffnet" in jenen immer wieder ab-

gebrochenen und wiederaufgenommenen Unterhandlungen, welche auf ein solches "Settlement" zielen, und ein Kapitel, in dem Frankreich nicht mehr wie bisher alle Trümpfe in der Hand hält.

Wenn Rennes von dem Bericht jagt: "er schließe Kompromisse mit dem Unmöglichen und faffe das Unmögliche fogar ins Auge", fo denkt er ficher in erster Linie an die erstaunliche Tatsache, daß der Bericht voraussett, es werde möglich sein, ein großes Volk von 60 Millionen, das durch eigene Schuld, nämlich die kindischer Leichtgläubigkeit gegenüber Zusicherungen von Todfeinden, für den Augenblick wehrlos geworden ift, zu zwingen, jahraus jahrein auf eine Generation hinaus oder noch länger früheren Feinden, die es schon beraubt haben, wie in neuerer Zeit noch nie ein Bolf beraubt worden ift, einen Tribut ju gahlen, der für die große Maffe feiner Angehörigen einen Standard der Lebenshaltung bedeuten mußte, der über das zum Leben absolut Notwendige nicht hinausginge. Wenn man für das Unmenschliche und Ungeheuerliche dieses Planes heute kaum mehr ein Gefühl hat, so kann man sich das nur damit erflären, daß die Menschheit seit 1914 "mit dem Entsetzen zu Nacht gespeist hat" und heute das Unglaublichste als ein Selbstverständliches hinnimmt. Vielleicht barf man etwas wie schlechtes Gewissen barin erblicken, wenn die Sachverständigen immer wieder versichern, ihr Plan werde die Deutschen nicht schwerer belasten, als es die allierten Steuerzahler schon seien, die von ihnen gesmachten Borschläge bedeuteten nur "eine äquivalente Steuerlast in der billigsten Auslegung und Anwendung dieses Grundsabes". Diese Bersicherung hat nur den einen Fehler, daß sie nicht wahr ist. Tatsache ist vielmehr, daß die Beslastung der deutschen Steuerzahler schon heute schwerer ist, als die der engslischen, von den französischen gar nicht zu reden, und daß sie unendlich schwerer sein wird, wenn die Empfehlungen des Dawesberichtes ausgeführt werden sollten. Der biesige Economist hat berechnet, daß die Steuern in England sollten. Der hiesige Economist hat berechnet, daß die Steuern in England und Frankreich heute noch keine 22 und 16 % des nationalen Einkommens verschlingen, während die deutschen nach deutschen amtlichen Berechnungen den 30 % bereits fehr nahe sind. Es ware wirklich ehrlicher gewesen, wenn der Dawes-Ausschuß offen anerkannt hätte, wie das der klaffische Bericht des Washingtoner Institute of Economics über Deutschlands Zahlungsfähigkeit tat, "daß nämlich große Reparationszahlungen nur gemacht werden können, wenn der deutsche Lebensstandard auf dem Existenzminimum oder mindestens auf dem Minimum festgehalten wird, wo soziale Revolution unvermeidlich wird. Der Wille, zu produzieren, muß natürlich erhalten werden; einige Gelegen= heit, einen Gewinn zu machen, muß gewährt werden. Eingeschlossen darin liegt ein Herabtreiben der Löhne und Produktionskosten unter das Weltniveau im allgemeinen, damit Deutschland seine Ronfurrenten in den Beltmärften beständig unterbieten kann. Das ist der einzige mögliche Weg, wie irgend ein substantieller exportsähiger überschuß erzielt werden kann. Ob es ein Weg ist, der für die übrige Welt angenehm und nütlich ware, ist eine andere Frage."

In diesem Sat hat man vielleicht einen Schlüssel zum Verständnis der wahren Absichten des Dawes-Ausschusses, wenigstens was seine englischsprechens den Mitglieder betrifft. Diese Absicht dürfte keine andere sein, als die einer reductio ad absurdum der wahnsinnigen bisherigen Reparationsforderungen der Allierten. Dawes und seine Kollegen sagen den allierten Regierungen saktisch:

Eurem Auftrag gemäß sage ich euch, wie ihr nach unserer Ansicht die höchstmöglichen Summen aus dem deutschen Volk herauspressen könnt, ohne die Stabilität der deutschen Bährung und des deutschen Budgets über den Haufen zu werfen. Wie ihr diese erpreßten Summen, bestehend aus deutschen Mark, aber in internationale Zahlungsmittel verwandeln könnt, das kann ich euch leider nicht sagen. In dieser Beziehung kann ich nur die allgemeine Wahrheit seststellen, für die ihr bisher immer merkwürdig blind ward, die Wahrheit nämlich, daß wirkliche Zahlungen zuletzt nur in Gütern und daher nur aus dem exportsähigen Aberschuß Deutschlands erfolgen können. Mit

andern Worten, wenn ihr Jahr um Jahr zweieinhalb Milliarden Goldmark aus deutschen Taschen in die eurigen überführen wollt, so müßt ihr bereit sein, eine enorme Erhöhung der deutschen Aussuhr nicht nur zu dulden, sondern zu fördern. Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß Deutschland Waren im Wert von zweieinhalb Milliarden Goldmark erst aussühren kann, nachdem es so viel ausgeführt hat, als nötig ist, um für die Einfuhr zu zahlen, welche für die Ernährung seiner Bevölkerung und die Aufrechterhaltung der vollen Produktionskraft seiner Industrien unumgänglich notwendig ist, wosvon es heute noch recht weit entsernt ist. Es ist nicht unsere Aufgade, auszussühren, welche Wirkung eine solche Stimulierung der deutschen Industrien, daß der für die Erfüllung eurer Forderungen nötige Exportüberschuß erzielt ist, auf die Industrien eurer eigenen Länder haben müßte. Wir können in dieser Beziehung darauf verweisen, was unser Kollege, Reginald McKenna, schon im Oktober 1922 sagte, als er vor der Jahreskonferenz der American Bankers Ussociation in Newyork aussührte, wenn Deutschland zahlen sollte, was von ihm gefordert werde, so könnte es die dazu nötigen Mittel auf keine andere Weise erhalten als durch eine Steigerung seiner Aussuhr und zwar seiner Ausstuhr an Manufakturen, und dann fortsuhr:

"Um eine solche Ausdehnung seiner Aussiuhr gegenüber der Konkurrenz anderer Industrievölker zu erzielen, müßte Deutschland längere Arbeitsstunden für niedrigere Löhne arbeiten; es müßte seine Profite reduzieren und seine Einfuhr auf das unumgänglich Vötige beschränken. Aber seine Kivalen werden nicht einwilligen, ihre Hände in den Schoß zu legen, während sie ihren Handel verlieren. Sie werden sich wachsender Arbeitslosigkeit und schweren Handelsverlusten gegenübersehen. Die Invasion ihrer eigenen Märkte durch deutsche Waren mögen sie versuchen, durch Zollmauern zu verhindern; aber um ihre neutralen Märkte behaupten zu können, werden sie gezwungen sein, ihre eigenen Löhne und Profite zu reduzieren. Und so muß Deutschlands Bemühung, seinen Außenhandel auszudehnen, auf die Opposition aller indusstriellen Interessen der übrigen Welt stoßen und zu einer allgemeinen Herabssetzung des Lebensstandard führen."

Aus ähnlichen Erwägungen heraus sagte mir einer der ersten englischen Bolkswirte, J. A. Hobson, gleich unter dem ersten Eindruck des Dawesserichtes, nach seiner Ansicht habe die deutsche Regierung keinen Grund, sich irgendwie über den DawessBericht aufzuregen; wenn sie klug sei, werde sie in aller Höflichkeit einfach folgende Frage an die alliierten Regierungen stellen: Die mir in dem Bericht zugemuteten Zahlungen ersordern, daß ich meine industrielle Produktion auf eine riesenhafte Steigerung meiner Aussinhr einstelle. Damit ich das kann, muß ich nicht nur im allgemeinen, sondern bestimmt und nach einem detaillierten Plan auf Jahre hinaus voraus wissen, welche bestimmte deutsche Waren ihr haben wollt und welche Mengen von ihnen ihr entgegennehmen wollt. Seid ihr bereit, mir diese Auskunft zu geben? Hohson meinte lachend, die Kommission habe offenbar übersehen oder absichtlich nicht sehen wollen, daß die Aussichtung ihres Planes, wenn sie möglich wäre, zu einer ganz beispiellosen Stimulierung der deutschen Industrien und einer entsprechenden Serabdrückung der alliierten Industrien sussischen daß Deutschland in dem Augenblick, wo seine Zahlungsspslicht erfüllt wäre, der unbeschränkte Herr des Welkmarktes sein würde. Sosbald die vorgesehenen Leistungen Deutschlands im Ernst beginnen würden, müßte man auf ein fürchterliches Wehgeschrei der Industrien aller alliierten Länder gefaßt sein. Hobson ist Optimist genug, zu glauben, daß der Dawessbericht zwar das Reparationsproblem in keiner Weise löst, daß er aber die Erkenntnis von seiner Unlösbarkeit in der Welt mächtig fördern wird, sozwar, daß man in ein paar Jähren nichts mehr von ihm hören werde.

Es ist leicht begreiflich, daß die Feststellung der Wahrheit, daß Resparationen nur aus einem deutschen Exportüberschuß bezahlt werden können, den Franzosen beinahe ebenso mißfällt, wie die weitere Feststellung, daß die Wiederherstellung der vollen wirtschaftlichen Souveränetät Deutschlands über

Ruhr und Rhein die unerläßliche Voraussetzung jeder deutschen Zahlungsfähigsteit ist. Wenn man in der Tat die Außerungen Poincarés und seiner Presse über diese Punkte au pied de lettre zu nehmen hätte, könnte man Rehnes Bestürchtung, "daß sich die Fassade und die Entwürse des Dawesberichtes nie in einem Gedäude verwirklichen werden, welches das Licht des Tages erblicken werde", schon jett als erfüllt ansehen. Wenn die hiesigen amtlichen Kreise das nicht tun, so stütt sich ihr relativer Optimismus auf die einfache Erwägung, daß die französische Regierung Geld haben muß und daß sie, wie sie wohl weiß, keines bekommen kann, wenn sie die Vereinigten Staaten vor den Kopf stoßen würde, was sie ohne Zweisel täte, wenn sie den Dawesbericht als eine Sache behandeln wollte, aus der man herauspicken kann, was einem paßt. Diese hiesige Aufsassung erhält einen recht zugespitzten Ausdruck in folgenden Aussührungen des "New Statesman", eines Organs, das der heute herrschenden Partei recht nahe steht:

"Die Zeit ist heute auf unserer Seite und je länger ein "Settlement" verzögert wird, besto besser wird es wahrscheinlich — von unserem Gesichtsspunkte aus — sein. Der Franken ist für den Augenblick wieder "sestgelegt"; aber welchen Wert hätte er, wenn die Unterhaltungen über den neuen Plan zusammendrechen würden und wir in das hoffnungslose Chaos der letzten achtzehn Monate zurücksänken? Frankreich ist heute faktisch zahlungsunfähig; ein schnelles "Settlement" ist für es eine Sache beinahe von Leben und Tod, was es sür Britannien nicht ist. Wir halten daher die Trümpse." Jedenfalls machen die rein politischen. Fragen, welche die Daweskommission nicht behandeln konnte, Mac Donald und seiner Regierung viel mehr Sorgen, als die wirtschaftliche. Und mit Recht. Denn alles deutet darauf, daß Frankreich sein "Ruhrpsand" mit größter Hartnäcksseit verteidigen wird. Man ist auch auf einen französischen Bersuch gesaßt, England nachträglich zu einer Billigung der "illegalen" Ruhrbeseizung zu bewegen, dadurch, daß man ihm ein Berssprechen ablockt, sich an ihr im Falle einer erneuten deutschen "Versehlung" zu beteiligen, während umgekehrt England von Frankreich ein Versprechen zu erlangen versuchen wird, unter keinen Umständen wieder einen ähnlichen Sondersschritt gegen Deutschland zu tun. Ernste Unterhandlungen über diese und ähnsliche politische Fragen dürsten aber nicht beginnen, solange die Wähler in Deutschland und Frankreich noch nicht gesprochen haben.

Man kann es unter diesen Umständen verstehen, daß Mac Donald es für nötig hielt, sich in seiner jüngsten Außerung in New Leader gegen den Borwurf zu verteidigen, er sei eine "überoptimistische Person", ein Borwurf, der in seiner eigenen Partei ein recht lebhaftes Echo gesunden hat. Er kann kein "unmittelbares und umfassendes Settlement" versprechen; er kann nur sagen, daß "die Bedingungen sür ein solches Settlement viel günstiger sind als disher". Sehr angebracht war auch, daß er die Herrechen; er kann nur sagen, daß von Kontrollmaßregeln und neuen "Sanktionen" reden können, daran erinnert, daß in "jedem Settlement Deutschland die Kolle einer frei-willig mitarbeitenden Nation spielen muß". Her liegt natürlich der Holle einer frei-willig mitarbeitenden Nation spielen muß". Her siegt natürlich der Holle im Pfeffer und hier tut sich der tiesste Unterschied zwischen der englischen um kranzösischen Aussassischen Ergaland glaubt, daß Europa auf keinen Frieden und kein Gedeihen rechnen kann, solange die Allierten nicht von dieser Methode ablassen und Deutschland als gleichberechtigtes Glied der europäischen Gesellschaft der Nationen behandeln. Bedeutsam und ein Ausdruck seiner innersten Aberzeugung ist auch seine Warnung, wenn die von ihm erstrebte allgemeine Regelung des europäischen Froblems nicht zu Stande komme, würden ein neues Wettrüsten, eine "Reugruppierung der Mächte, in der Außland und Deutschland keine unbeträchtliche Kolle spielen werden" und schließlich ein neuer Weltkrieg unvermeidlich werden. Man kann sicher sein, daß der Gedanke an diese "Reugruppierung der Mächte", vielleicht unbewußt, nicht wenig dazu beiträgt, daß die überwältigende Wehrheit des britischen Bolkes mit großer Ausschlickeit den Unterhandlungen einen Ersolg wünsicht, die nun

zwischen Moskau und London begonnen haben, und daß ihr Erfolg schon heute als gesichert gelten darf, wenn dieser Bunsch von russischer Seite nur einigers maßen erwidert wird. Eine russische Berständigung wäre nach hiesiger Ansicht die wirksamste Garantie gegen Frankreichs Hegemoniepläne und für die Erhaltung des Weltfriedens.

London, 19. April 1924.

D. G.

### Die Geparatisten und ihre Helfer vor 125 Jahren.

Aus Hippolyt Taine: Les Origines de la France contemporaine. La Révolution, tome III, Seite 612:

tome III, Seite 612:
""Rachdem die Bande Frankreich verschlungen hat, macht sie sich daran, Europa zu verschlingen, "Blatt um Blatt, wie eine Artischofe." Wozu die blutige Posse beschreiben, die sie im Ausland aufführen oder aufführen lassen? Es ist ja nur eine Wiederholung des Stückes, das sie in Paris seit acht Jahren aufsühren, eine liederliche und blöde Abersehung ins Flämische, Holländische, Deutsche, Italienische, den örtlichen Berhältnissen angepaßt mit etwas anderer Lesart, mit Streichungen und Auslassungen, aber immer mit demselben Ausgang, nämlich einem Hagel von Säbelhieben und Kolbenstößen sür alle Besigenden, ... um sie zur Herausgabe ihres Geldes und ihrer Wertpapiere aller Art zu zwingen, was sie sich denn auch gefallen lassen, die im Hend und ohne einen Rappen dastehen. Allgemeine Regel: in dem kleinen Staat, den es auszubeuten gilt, wiegelt der nächste General oder ernannte staatliche Vertreter die Unzufriedenen gegen die Behörden aus, die unter keiner Regierung sehlen, namentlich die heruntergekommenen Leute aus allen Ständen, Abenteurer, Kassechauskrakehler, junge Histöpse, kurz die Jakobiner der Gegend; von da an sind sie sür den Vertreter Frankreichs "das Bolt" des Landes, auch wenn es nur eine Hand voll Leute der schlimmsten Art ist. Den rechtemäßigen Behörden wird verboten, sie zu maßregeln oder strasen: sie sind unverletzlich. Mit Drohung oder Gewalt greift der französische Vertreter selbst ein, um ihre verbrecherischen Streiche zu unterstüßen oder zu bestätigen..."

# Bücher

#### Bur Worgeschichte bes Weltfrieges.

#### Bismards Außenpolitit und ber europäische Status quo.

In den Augen der zeitgenössischen Diplomatie wie des zuschauenden Europa überhaupt erscheint die Politik Bismarcks — mit andern Worten die preußische Politik von 1862—66, seit 1867 die des Norddeutschen Bundes, später des Deutschen Reichs — belastet mit dem Borwurf der Unberechendarsteit. Dem geeinten Italien, dessen Politik von 1848 an dis zur Besetzung Roms der politischen Welt kaum geringere überraschungen bereitet hat, ist merkwürdigerweise von der politischen Meinung Europas eine größere Kreditswürdigkeit zugestanden worden. Diese Beobachtung macht stuzig; wo mag der Grund für die verschiedene Bewertung zu suchen sein?

Unberechenbar waren die Wendungen der preußisch-deutschen Politik bis 1871 gewesen. Nun setzte die gleiche Politik, welche im letzten Jahrzehnt die außenpolitische Revolution von Europa bedeutet und bewirkt hatte, die Welt in Erstaunen durch eine Schwenkung zum außenpolitischen Konservatismus, zur betonten Erklärung eines auf die Erhaltung des — jetzt erreichten — Status quo gerichteten Willens. Unverständlich wie diese Umstellung der Politik Bismarcks